

## FDP stolpert ins neue Jahr

Das diesjährige Dreikönigstreffen der FDP ist für Parteichef Westerwelle wahrlich kein Spästermin. Er kämpft um nicht mehr und nicht weniger als sein politisches Überleben.

Seite 2

## Sieben Wochen Terroralarm

Seit Mitte November herrscht in Deutschland Terroralarm. Im ND-Interview spricht Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) über die anhaltende Gefahr und über untaugliche Reaktionen.

Seite 3

## Literatur im ND

Rosa Luxemburg auf dem Internationalen Sozialistenkongress 1907. Ein neuer Band betont die Aktualität ihres Werkes – nützlicher Begleiter für alle, die Rosa & Karl an diesem Wochenende ehren.

Seite 17

## Standpunkt

### Das weltweite Hühnchen

Von Velten Schäfer

Mal sind es Gammel-Eier, dann ist es Gammel-Fleisch oder -Mozzarella, mal geht es um Rinderwahn – und immer wieder um Dioxin: In diesen Tagen wird wieder einmal klar, wie anfällig das zentralisierte System der industriellen Tierproduktion eigentlich ist. Halb Mitteleuropa muss zittern, wenn irgendwo in Niedersachsen beim Mischen ein Fehler passiert. Würden Futtermittel neben dem Stall angebaut, wären solche Kettenreaktionen nicht möglich.

Macht es sich zu einfach, wer so denkt? Nicht viel einfacher als die jedenfalls, die jetzt zwar zu Recht nach schärferen Kontrollen rufen, einer Grundsatzdebatte aber aus dem Weg gehen: Soll der Markt für das, was wir essen, wirklich so »frei« sein wie der für Autos? Seit Jahren betreibt Europa eine Agrarliberalisierung, die Konzentration und Zentralismus noch vorantreibt.

Dass »Bio« längst auch Industrie und beileibe nicht immer sicher ist, weiß man seit verganginem Mai, als Dioxin in Öko-Futtermitteln auftauchte. Und sicher ist es überspitzt, die Giftverseuchung als Regelfall der Massentierhaltung zu diskutieren. Dennoch ist es eine Frage politischer Präferenzen, welche Tendenzen bestärkt werden – und welche man zu bremsen versucht. Einstweilen geht der Trend zum weltweiten Hühnchen und Ferkel weiter: Allein in Mecklenburg-Vorpommern liegen aktuelle Pläne für gut zwei Dutzend weitere gigantische Tierfabriken vor.

## Unten links

Es gibt im Deutschen bemerkenswerte **Anagramme**, unterschiedliche Worte, die sich aus gleichen Buchstaben zusammensetzen: Eitel und Elite gehören dazu, auch Politiker und Likoertip, Arbeitslosengeld und lebendiges Ratlos, Bundeswehr und Bush werden, Sozialdemokratie und Asozial mit Koeder, Der Spiegel und Geilere SPD, Bündnisgrüne und Uns Ruin Gebende, Freidemokraten und demokratiefeln, Linkspartei und Tip ins Klare, Programmstreit und Pastor ergrimmt, Regierung und Genug Irre, Angela Merkel und Lange Reklame (auch: Klare Maengel) – nein, genug davon, sonst wird's noch ernst. Anderes Thema: Was machen eigentlich Klaus Kinkel und Martin Bangemann? Während Westerwelles Vorgänger Wolfgang Gerhardt sich jüngst in die FDP-Krise einmischte, schweigen diese anderen Ex-Chefs ebenso wie Hans-Dietrich Genscher und Walter Scheel. Kann von ihnen denn niemand mehr aushelfen, so wie bei der PDS einst Lothar Bisky zurückkehrte? Ach, ein Lothar Bisky – er fehlt! *js*

www.neues-deutschland.de  
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt  
Einzelpreise Ausland:  
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR  
Slowakei 1,70/2,10 EUR  
Tschechien 61/71 CZK  
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



# Wer einmal aus dem Fettnapf frisst

### Dioxin-Skandal: Razzia bei Futterfett-Lieferanten in Schleswig-Holstein

Der Dioxin-Skandal weitet sich aus. Immer mehr Agrarbetriebe in Deutschland sollen betroffen sein. Gestern wurde ein verdächtiger Lieferant von der Polizei durchsucht. Vor allem aus der Union werden Rufe nach scharfen Sanktionen gegen Verursacher laut.

**Itzehoe/Berlin** (AFP/ND). Im Skandal um giftiges Dioxin in Tierfutter und Eiern haben Beamte des Landeskriminalamts Schleswig-Holstein gestern den Betrieb des Futterfett-Lieferanten Harles und Jentzsch in Uetersen durchsucht. Die Staatsanwaltschaft Itzehoe hatte einen richterlichen Beschluss erwirkt, sagte ein Sprecher. Zu Ergebnissen der Razzia machte er keine Angaben. Gegen die Verantwortlichen des Unternehmens besteht der Anfangsverdacht eines vorsätzlichen Verstoßes gegen futtermittelrechtliche Vorschriften. In einem Zeitungsinterview hatte der Geschäftsführer von Harles und Jentzsch, Siegfried Sievert, einen leichtfertigen Umgang mit Fettsäuren aus der Herstellung von Biodiesel eingeräumt. Im November und Dezember hatte das Unternehmen nach Angaben der Bundesregierung insgesamt etwa 3000 Tonnen von für die Papierherstellung gedachten Mischfettsäuren an 25 Futterhersteller geliefert.

Auch eine verdächtige Spedition im niedersächsischen Bösel wurde durchsucht. Beamte entnahmen laut einem Sprecher der Staatsanwaltschaft Oldenburg bei der Razzia Proben aus dem Tanklager und sicherten sämtliche Korrespondenz und Lieferunterlagen, die die Geschäftsbeziehung mit dem Lieferanten des dioxinbelasteten Futterfettes betreffen.

Von dem Skandal betroffen sind unter anderem 1000 Agrarbetriebe und 14 Futterproduzenten in Niedersachsen, zudem Betriebe in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Auch in Thüringen und Brandenburg erwarb jeweils ein Hof potenziell belastetes Futter. In mindestens einem Fall sind potenziell mit Dioxin belastete Eier auch in die Niederlande verkauft worden. Das

**Der frühere BayernLB-Vorstand Gerhard Gribkowsky ist am Mittwoch verhaftet worden. Der Manager war wegen der ungeklärten Herkunft eines 50-Millionen-Dollar-Vermögens ins Visier der Münchner Staatsanwaltschaft geraten.**

**München** (Agenturen/ND-Damm). Einst war er im Vorstand der BayernLB für die Risikosteuerung und Vermeidung von Kreditausfällen verantwortlich. Jetzt wird Gerhard Gribkowsky selbst zum Risiko. Gegen den Bankmanager bestehe ein dringender Tatverdacht auf Untreue, Bestechlichkeit und Steuerhinterziehung, teilte die Staatsanwaltschaft in München nach der Festnahme mit. Nach Angaben der Online-Ausgabe der »Süddeutschen Zeitung« drohen Gribkowsky fünf bis zehn Jahre Gefängnis.

Die Zeitung war es auch, die den Fall Gribkowsky ins Rollen gebracht hatte. In seiner Zeit als Vor-

geht aus einem Bericht des Bundesagrarministeriums an den zuständigen Ausschuss des Bundestages hervor.

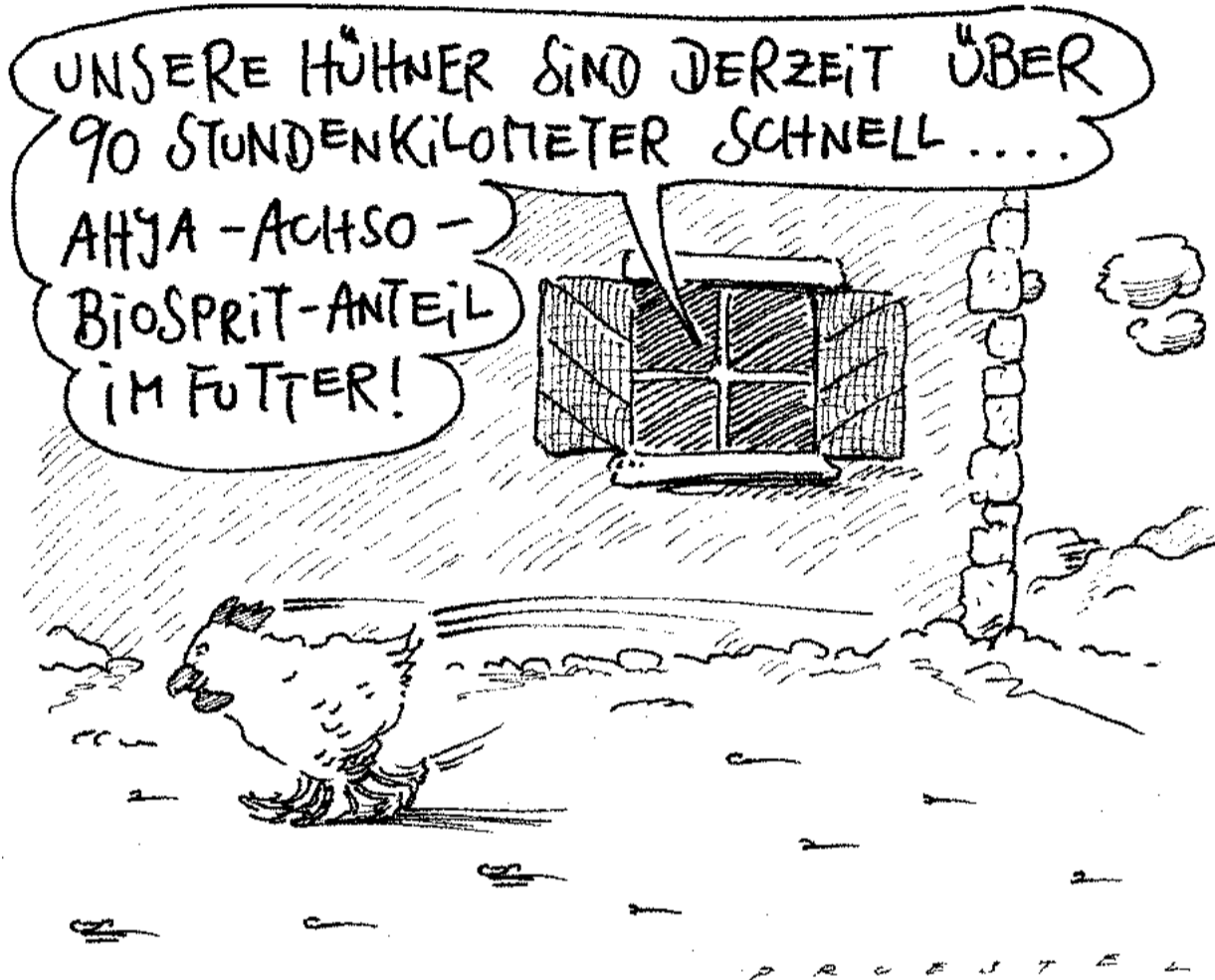
Niedersachsen hat nun ebenso wie Nordrhein-Westfalen die Stempelnummern möglicherweise belasteter Eier veröffentlicht. Die Eier aus dem betroffenen Bestand sind mit dem Erzeugercode 2-DE-0355461 versehen.

Derweil werden Rufe nach schärferen Sanktionen gegen Verursacher und mehr Transparenz für die Verbraucher lauter. Die Länder sollten betroffene Betriebe und Händler nennen, forderte Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU). Die Verbraucher müssten erfahren, ob mit Dioxin belastete

Eier bei ihrem Lebensmittelhändler verkauft wurden. Das Verbraucherinformationsgesetz ermögliche den Ländern die klare und schnelle Nennung der verantwortlichen Firmen. Der Vorsitzende der Agrarministerkonferenz, der thüringische Minister Jürgen Reinholz (CDU), forderte harte und abschreckende Strafen für »Scharlatane der Branche«. Er kündigte ein Sondertreffen mit seinen Fachkollegen noch im Januar an. Für effektivere Kontrollen sprach sich die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Kirsten Tackmann, aus. »Der Dioxin-Skandal zeigt, dass der Eingang von Schadstoffen in unsere Lebensmittel aktuell nicht sicher ver-

hindert wird. Die Futtermittelgesetzgebung reicht offensichtlich nicht aus«, so Tackmann.

Lebensmittelkontrolleure verzichten indes auf eine Überprüfung von Eiprodukten wie Nudeln oder Backwaren. Bei deren Herstellung sei »die Verdünnung so groß, dass man es vernachlässigen kann«, sagte der Vorsitzende des Bundesverbands der Lebensmittelkontrolleure, Martin Müller. Sollten die Tester Eier finden, deren Dioxinbelastung die aktuell gemessenen Höchstwerte überschreite, würden die Kontrolleure weitere Lebensmittel überprüfen. Derzeit lägen die höchsten gemessenen Werte beim Vier- bis Sechsfachen des erlaubten Dioxin-Gehalts. *Seite 9*



Zeichnung: Andreas Prüstel

## LINKE darf bei Hartz IV mitreden

### Fraktion droht mit einstweiliger Verfügung

**Berlin** (AFP/ND). Die LINKE kann nun doch an der Sitzung der Arbeitsgruppe zur Hartz-IV-Reform am Freitag teilnehmen. Unions-Parlamentariergeschäftsführer Peter Altmaier (CDU) lud die Linksfraktion schriftlich ein, einen Vertreter in die informelle Arbeitsgruppe zu schicken, wie ein Sprecher der CDU/CSU im Bundestag am Mittwoch in Berlin bestätigte. Allerdings war am Mittwoch noch offen, ob die Linksfraktion auf das Angebot eingeht.

Die Fraktion hatte zuvor mitgeteilt, per einstweiliger Verfügung beim Bundesverfassungsgericht ihre Teilnahme an der Verhandlungsrunde durchsetzen zu wollen. »Wir fühlen uns in unserem Partizipationsrecht beschnitten«, hatte sich der LINKEN-Abgeordnete und frühere Bundesrichter Wolfgang Neskovic in der »Frankfurter Rundschau« zuvor beschwert. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der LINKEN, Dagmar Enkelmann, sprach dem Blatt zufolge von einem »vordemokratischen Verfahren«, das vor allem dem Zweck diene, eine Debatte um wirkliche Alternativen zur Hartz-IV-Reform zu unterbinden.

In der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat, die am Freitag über die Reform berät, waren bislang nur Union, SPD, FDP und Grüne vertreten. Im Vermittlungsausschuss, der Mitte Januar tagt, ist die LINKE aber dabei.

## Kurz

### 44 Journalisten im Jahr 2010 getötet

**New York** (dpa). Weltweit sind 2010 mindestens 44 Journalisten bei der Ausübung ihres Berufes ums Leben gekommen. Das gefährlichste Land für Reporter war 2010 Pakistan, wo acht Journalisten starben. In Irak kamen fünf Reporter ums Leben, in Honduras, Indonesien und Mexiko jeweils drei.

### 3481 Choleraopfer

**Port-au-Prince** (epd). Die Zahl der Choleraopfer in Haiti steigt weiter. In den drei Monaten seit Ausbruch der Epidemie starben nach Regierungsangaben bis Dienstag 3481 Menschen.

### Prozess gegen 800

**Dhaka** (AFP). Knapp zwei Jahre nach einem Aufstand mit 74 Toten hat ein Gericht in Bangladesch den Prozess gegen rund 800 Grenzsoldaten eröffnet. Die Beschuldigten wurden am Mittwoch in ein eigens für den Prozess errichtetes Gerichtsgebäude gebracht, wo sie auf langen Bänken Platz nahmen.

### Erfolg in Oberhof

**Oberhof** (ND). Die deutsche Biathlon-Staffel mit Christoph Stephan, Alexander Wolf, Arnd Peiffer und Michael Greis hat beim Heimweltcup in Oberhof den Auftaktwettbewerb vor Tschechien und Norwegen gewonnen. *Seite 19*

## Ex-BayernLB-Vorstand Gribkowsky verhaftet

### Münchner Staatsanwalt sieht dringenden Tatverdacht wegen Untreue und Steuerhinterziehung

standsmitglied soll er für den Verkauf der BayernLB-Anteile an der Formel 1 Zuwendungen erhalten haben, die als Beraterverträge getarnt gewesen sein sollen. Dabei geht es um 50 Millionen Dollar. Diese Summe hatte Gribkowsky 2006 und 2007 aus Konten in der Karibik und in Mauritius in die von ihm in Salzburg gegründete Privatstiftung »Sonnenschein« überführt und in einer Tochterfirma der Stiftung angelegt. Die Stiftung hat ein Vermögen von 25 Millionen Euro und dient der Versorgung des Managers und der von ihm benannten »Begünstigten«. Außerdem gehört zu der Stiftung die 2009 gegründete Gesellschaft »Aktion Zeitgeschenk«, die sich um krebserkrankte Kinder kümmern soll. Den großen Krebshilfe-Organisationen sind die Sonnenschein-Stiftung und die dazugehörige »Aktion Zeitgeschenk« nach Angaben der »Süddeutschen Zeitung« nicht bekannt.

Doch es geht nicht allein um die Herkunft des Geldes oder die weitere Verwendung. Nach Angaben der Steuerbehörden hätte das Geld auch in Deutschland versteuert werden müssen. Schließlich hat der Manager seinen Wohnsitz und Arbeitsplatz in Deutschland. In Österreich beträgt der Steuersatz 25 Prozent, in Deutschland hätte er durch den Steuersatz von rund 40 Prozent mehrere Millionen Euro an den Fiskus zahlen müssen. Jetzt wird wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung ermittelt.

In Österreich war bereits 2006 gegen Gribkowsky ermittelt worden, berichtet die Wiener Zeitung »Kurier«. Die Ermittlungen wegen des Verdachts der Geldwäsche seien 2007 eingestellt worden.

In der vergangenen Woche war Gribkowsky bei der Münchner Staatsanwaltschaft erschienen, um sein bis dahin verheimlichtes Vermögen anzugeben. Woher das

Geld stammt, sagte er nicht. Vermutet wird jetzt, dass das Geld mit dem Verkauf der Formel-1-Anteile zusammenhängt, an dem Gribkowsky federführend beteiligt war. Hintergrund ist die Pleite des einstigen Medienmoguls Leo Kirch, dem die Landesbank zwei Milliarden Euro geliehen hatte. Die BayernLB hatte das Kirch-Engagement bei der Formel 1 übernommen, um durch einen späteren Verkauf der Rennserie wieder zu ihrem Geld zu kommen.

Der neue Skandal kommt der BayernLB extrem ungelegen, war die Landesbank doch bereits nach dem Fehlkauf der maroden österreichischen Hypo Group Alpe Adria, an dem Gribkowsky ebenfalls beteiligt war, als Sanierungsfall in die Schlagzeilen geraten. Ehemalige Vorstandsmitglieder distanzieren sich nach den Enthüllungen ausdrücklich von ihrem einstigen Kollegen.